

Gesetz zur Vorbeugung gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivategeschäfte



Durch das Gesetz zur Vorbeugung gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivategeschäfte werden

- ungedeckte Leerverkäufe in deutschen Aktien,
- ungedeckte Leerverkäufe in Staatspapieren von Staaten der Eurozone und
- Kreditausfallversicherungen auf Ausfallrisiken von Staaten der Eurozone, die keinen Absicherungszwecken dienen,

gesetzlich verboten.

Das Verbot der Leerverkäufe von Aktien und Schuldverschreibungen betrifft Wertpapiere, die an einer deutschen Börse im regulierten Markt zugelassen sind. Dies sind Aktien deutscher und einiger weniger ausländischer Emittenten sowie ausschließlich deutsche und österreichische Staatstitel. Für 1% diese Werte gibt es einen Anknüpfungspunkt und eine klare Regelungsbefugnis für den deutschen Gesetzgeber.

Zudem werden Ermächtigungsgrundlagen geschaffen, durch die das BMF und die BaFin insbesondere die folgenden Geschäfte oder den Handel mit ihnen aussetzen können:

- Derivate, die Leerverkäufe in deutschen Aktien abbilden,
- Derivate, die Leerverkäufe in Staatspapieren (Schuldtiteln) der Eurozone abbilden,
- Währungsderivate auf den Euro, die nicht der Absicherung von Währungsrisiken dienen.

Schließlich wird durch den Gesetzentwurf ein Transparenzsystem für Leerverkaufspositionen nach dem Vorbild der Vorschläge des Committee of European Securities Regulators (CESR) für ein gesamteuropäisches Transparenzsystem für Leerverkäufe vom 2. März 2010 eingeführt.

Die Finanzkrise hat das Vertrauen in die Finanzmärkte erschüttert und die Notwendigkeit weiterer substanzieller Verbesserungen des Aufsichtsrechts zu Tage treten lassen. In jüngster Vergangenheit hat diese Krise mit der Ausweitung der Turbulenzen auf die Märkte für Staatsanleihen von Mitgliedstaaten der EU und die Volatilität des Euro noch einmal eine neue Dimension erreicht. Mit den in dem Gesetz vorgesehenen Verboten bestimmter potenziell krisenverstärkender Transaktionen und eine verbesserte Transparenz wird diesen negativen Marktentwicklungen entgegengetreten.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

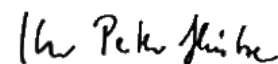


Solide Finanzen sind die Voraussetzung dafür, dass wir in Stabilität und Wohlstand leben können. Die letzten Monate haben uns den Ernst der Lage - etwa im Zuge der Griechenland-

Krise - und die Bedeutung solider Staatsfinanzen deutlich vor Augen geführt. Daher muss Deutschland als größte europäische Volkswirtschaft mit gutem Beispiel vorangehen. Außerdem haben wir die Vorgaben aus der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse einzuhalten.

Die Bundesregierung beteiligt die Finanzwirtschaft ab 2012 mit rund 2 Milliarden Euro jährlich. Gleichzeitig setzt die Bundesregierung auf Bürokratieabbau durch Steuervereinfachung. Die Gestaltung der Mehrwertsteuer wird sich eine Kommission noch einmal anschauen. Das bezieht sich vor allem auf den reduzierten Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent. Auch das System der sozialen Sicherung wird dazu beitragen müssen, die strukturellen staatlichen Defizite abzubauen. Die solidarische Unterstützung der Gesellschaft bleibt dabei erhalten. Mehr als die Hälfte der veranschlagten Bundesausgaben fließen mittlerweile in das soziale Sicherungssystem. Die Bundesregierung wird daher dort kürzen müssen, um dabei die Anreize wieder richtig zu setzen. Ferner müssen in der Bundeswehr wesentliche Änderungen stattfinden. Das Verteidigungsministerium hat dazu eine Strukturkommission eingesetzt. Sie soll bis Anfang September aufzeigen, welche Folgen eine deutliche Reduzierung der Streitkräfte um bis zu 40.000 Berufs- und Zeitsoldaten hat.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht



Peter Hintze MdB

Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW



Kriminalität von links immer professioneller

Politisch links motivierte Straftaten sprunghaft angestiegen

Anlässlich des aufgetauchten linksextremen Heftes „Prisma“, mit der zu Straftaten angeleitet wird, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Günter Krings MdB:

In solchen Schriften zeigt sich die hohe kriminelle Energie und Professionalität politisch links motivierter Straftäter. Deshalb müssen wir unser Augenmerk verstärkt auf diese Formen von Kriminalität richten. Politisch links motivierte Straftaten sind im letzten Jahr um 53 Prozent sprunghaft angestiegen. Unsere Strafverfolgungsbehörden sind aufgerufen, den Verfolgungsdruck gegen die Nutzer und die Urheber solcher

Bombenbau- und Sabotageanleitungen zu verstärken.

Es geht hier nicht um Kavaliersdelikte, sondern um schwere Straftaten gegen Leib und Leben, Eigentum und unsere Infrastrukturen. Die im letzten Jahr neu geschaffenen Strafvorschriften zum Schutz des demokratischen Rechtsstaates müssen jetzt ihren Test gegen solche Anleitungen zu Terror- und Sabotageakten bestehen und dafür sorgen, dass die Urheber dieser Schriften zur Verantwortung gezogen werden. Denn solche demokratiefeindlichen Täter und Hintermänner steigern die ohnehin hohe Gewaltbereitschaft linker Autonomer und regen bislang nicht auffällig gewordene Sympathisanten zu Straftaten an.

Seit einigen Wochen kursiert eine 80-seitige Broschüre mit Tipps für Anschläge und Sabotageaktionen – auch im Internet. Die anonymen Verfasser beschreiben den Bau von Brandsätzen mit Zeitzündern, Hakenkrallen, mit denen Züge der Bahn zum Halten gebracht werden und Techniken zum Umsägen von Strommasten. Zudem werden Strategien aufgezeigt, mit denen man Ermittlungen der Polizei erschwert, wie man Spuren vermeidet und Observanten abschüttelt.

Änderung wehr- und zivildienstrechtlicher Vorschriften 2010



Mit dem Wehrrechtsänderungsgesetz 2010 wird die Entscheidung im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP vom 26. Oktober 2009 umgesetzt, die Dauer des Grundwehrdienstes bis spätestens zum Januar 2011 von neun auf sechs Monate zu verkürzen. Dies wirkt sich unmittelbar auf das Wehrpflichtgesetz und mittelbar auf das Zivildienstgesetz aus. Die Regelung gilt erstmals für Wehr- und Zivildienstleistende, die ihren Dienst ab dem 1. Juli 2010 antreten werden.

Mit der Verkürzung des Grundwehrdienstes und damit des Zivildienstes mussten weitere Folgeänderungen festgelegt werden, wie z. B. die Abschaffung des abschnittswisen Grundwehrdienstes und damit auch des abschnittswisen Zivildienstes, die Verkürzung des Zivil- oder Katastrophenschutzes, die Einführung eines freiwilligen zusätzlichen Zivildienstes, die Änderung des Wehrsoldgesetzes und der Soldatinnen- und Soldatenurlaubsverordnung.

Die Folgeänderungen zielen darauf ab, im Interesse des Bundes, aber auch im Interesse der Wehrpflichtigen den Grundwehrdienst und den Zivildienst weiterhin sinnvoll und attraktiv zu gestalten.

Impressum:

Ausgabe Nr. 11/2010
09. Juni 2010

Landesgruppe NRW
der CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421
Email: fabian.bleck@cducsu.de

Redaktion:

Karl-Heinz Aufmuth
Fabian Bleck

Internet:

www.cdu-landesgruppe-nrw.de